

## Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 29.06.2022  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:50 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Winter, Maria

**SPD-Fraktion**  
Hemken, Harald  
Kruse, Doris für Andreas ten Hove  
Strelow, Gregor

**CDU-Fraktion**  
Falbe, Ole  
Gröttrup, Bernd

**Gruppe GRÜNE feat. Urmel**  
Meyering, Johannes  
Nützel, Christian

**FDP-Fraktion**  
Bolinus, Erich

**GfE-Fraktion**  
Eichhorn, Jochen

**Gruppe DIE FRAKTION**  
Greving, Hagen

**Beratende Mitglieder**  
Eiklenborg, Ralf Vertreter der Polizeiinspektion Emden  
Narewski, Friedrich Vertreter des Seniorenbeirates  
Vogler, Jannik Vertreter des Jugendparlamentes

**Verwaltungsvorstand**  
Krantz, Irina Stadtbaurätin

**von der Verwaltung**  
Federolf, Christian, Dr.  
Malzahn, David  
Gerdes, Jann

**Protokollführung**  
Bokker, Elke

**Als Gast**  
Frau Lara de Vries, Büro Urbano

# Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

## Öffentlicher Teil

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Frau Winter** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Vertreter der örtlichen Presse sowie Frau de Vries vom Büro Urbano, die das Projekt von Herrn Mielke zu den geplanten Wochenendhäusern am Kurzen Tief vorstellen wird.

#### **Beschluss:**

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Winter** weist darauf hin, dass über den Tagesordnungspunkt 9, Vorlage 18/0397 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 170“ nach dem Tagesordnungspunkt 10, Vorlage 18/0398 Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 170, städtebaulicher Vertrag, abgestimmt werden müsse. Ferner bittet sie darum, den Tagesordnungspunkt 13, Vorlage 18/0409 Wochenendhausgebiet am Kurzen Tief, vorzuziehen.

**Herr Strelow** rügt die Verwaltung in scharfen Worten dass diese wieder eine so lange Tagesordnung vorgelegt habe und besteht darauf, die Punkte auf zwei Sitzungen zu verteilen, da man sich darauf geeinigt habe, dass jede Sitzung bis spätestens 19.00 Uhr beendet sein sollte.

**Frau Krantz** teilt mit, dass leider vor der Sommerpause kein weiterer Sitzungstermin zu bekommen sei. Sie bittet daher darum, in der heutigen Sitzung zumindest die Beschlussvorlagen und den Vortrag von Frau de Vries zu behandeln, da an den Beschlussvorlagen für die Beschaffung der Gelder Fristen gekoppelt seien und man diese nicht einhalten könne, sollte darüber heute nicht beschlossen werden.

**Herr Bolinius** weist ebenfalls darauf hin, dass man sich auf ein Sitzungsende um 19.00 Uhr verständigt habe, gleichwohl aber die gängige Praxis sei, den Gästen den Vorrang einzuräumen.

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

#### **Ergebnis:**

Einstimmig.

### **TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 21.04.2022**

#### **Beschluss:**

Das Protokoll Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 21.04.2022 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

# Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

## TOP 4 Einwohnerfragestunde

### 4.1

**Herr Dieter Stolz** möchte zum TOP 16 „Antrag zur Beantwortung von Bürgerfragen zum Baugebiet Conrebbersweg-West“ Fragen stellen. In dem Umweltbericht zum Conrebbersweg seien sehr viele Kompensationsmaßnahmen behandelt worden, es wurde trotzdem aber in einem Abschnitt zu besonderen Schwierigkeiten in Bezug auf die angemessenen Ausgleichsflächen gesprochen. Darauf ziele die Anfrage der Fraktion „Grüne feat. Urmel“ ab.

Die Verwaltung zähle aber nur mehr oder weniger bekannte Maßnahmen auf, gehe aber nicht auf diesen Aspekt ein. Daher bitte er, die Sache entweder heute im Ausschuss oder über das Protokoll eingehender zu beantworten, da dieser sehr bedeutsam sei, zumal er als eigenes Kapitel extra hervorgehoben sei.

Herr Stolz teilt mit, dass er von Herrn Dr. Weise aus dem Umweltministerium wegen seiner Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz angerufen worden sei und dieser teile die kritische Sicht seiner Kollegin auf die Begründung der Verwaltung, mit der diese die Anfragen nicht beantworten wolle und nannte sie wörtlich „sehr dünn“.

Sehr dünn sei auch die Antwort der Verwaltung auf die gestellte Frage, ob sie mittlerweile mit den ermittelnden Behörden geklärt habe, ob etwas dagegenspräche, die Anfragen zu beantworten. Dies sei nur mit einem knappen „ja“ beantwortet worden. Er bitte darum, zum einen zu sagen, wann mit den ermittelnden Behörden gesprochen wurde, zeitnah zum Eingang des Briefes oder erst jetzt aufgrund des Antrages der Grünen, und ferner, ob die ermittelnden Behörden Einwände dagegen hätten, Anfragen zu beantworten.

Wenn dies in der heutigen Sitzung nicht machbar sei, so sollte dies zumindest im Verwaltungsausschuss zur Sprache kommen, der nichtöffentlich sei, jedenfalls müsse die Verwaltung darüber Rechenschaft ablegen.

### 2.

Die Mitarbeiter und Auftragnehmer der Verwaltung gingen seiner Meinung nach durchaus das Risiko ein, durch die Beeinträchtigung geschützter Arten Straftaten zu begehen. Er frage sich, wie die Mitarbeiter und Auftragnehmer Vertrauen in die Rechtmäßigkeit des Handelns der Verwaltung haben könnten, wenn diese kritische Fragen gar nicht oder nur ausweichend beantworte.

Zudem frage er sich, wie es sein könne, dass der Rat sich mit solchen Antworten der Verwaltung zufriedengeben könne, zumal es zu seiner Aufgabe gehöre, die Verwaltung zu kontrollieren, dies sei eine Kernaufgabe.

**Frau Krantz** nimmt die Anregung auf, die Fragen über das Protokoll zu ergänzen. Sie verweist darauf, dass Herr Kinzel als zuständiger Fachbereichsleiter, der leider erkrankt sei, detaillierter Auskunft geben könne. Die Fragen seien aber aus ihrer Sicht hinreichend beantwortet worden.

Der Rat habe natürlich ein Informationsrecht und da stehe die Verwaltung auch für alle Fragen, Antworten oder Wünsche zur Verfügung. Der Verwaltungsausschuss, der nichtöffentlich tage, werde aber natürlich ausführlicher informiert als dies in einer öffentlichen Sitzung der Fall sei.

### 4.2

**Roberto Schulz**, Pro Hieve, möchte wissen, ob nunmehr die Fördergelder für die Slipanlage in Marienwehr freigegeben sind und wann diese evtl. gebaut werde.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

Ferner möchte er wissen, ob die Verwaltung wirklich einen Verkauf des städtischen Grundstückes an der Hieve an den Investor Mielke/Tell KG befürworte und damit die Einflussmöglichkeiten drastisch reduzieren wolle.

Auch möchte er wissen, ob dann auch alle anderen, die dort eine Meerbude haben, ihr Grundstück kaufen könnten.

Seiner Meinung nach gehe der Charakter des Wochenendhausgebietes auch verloren, wenn es dort keine öffentlichen Wege mehr gebe und zudem der einzige Spielplatz bzw. die Spielwiese anderweitig genutzt würden.

Die bestehende Infrastruktur sei heute schon überlastet. Die Straße sei eine Dauerbaustelle, die voller Schlaglöcher sei und sich bei Regen in eine Schlammwüste verwandele und bei Trockenheit zu extremer Staubbelastung führe.

Die Abwasserentsorgung stamme aus einer vergangenen Zeit. Noch immer würden die Fäkalien per Schlammsaugwagen entsorgt werden müssen zu einem Preis von 63 Euro pro m<sup>3</sup>. Nach seiner Erkenntnis sei es so, dass Sammelgruben nach EU-Recht wohl nicht mehr zulässig seien. Für den geplanten Campingplatz werde die Stadt keine Verbesserung der Infrastruktur durchführen, so die Aussage, die er bekommen habe. Es stelle sich ihm aber die Frage, ob es im Zuge dieses Projektes auch für alle übrigen eine Verbesserung der Abwasserprobleme und der Straße gebe, oder ob nur bei dem einen investiert werde und bei dem anderen nicht.

Zu dem Schreiben von Herrn Mielke vom 10.02.2022, in dem dieser die Interessen der Mitglieder des Vereins Pro Hieve in keiner Weise beeinträchtigt sehe, sei von Herrn Schulz anzumerken, dass diese Aussage nicht zutreffend sei und wenn man sich die Bauplanung ansehe, er im Einzelnen eine ganze Reihe Punkte aufzählen könne, mit denen der Verein nicht einverstanden sei. Sollten seine Fragen nicht beantwortet werden können, so könne er auch gerne seinen Fragenkatalog der Verwaltung überlassen und man könne ihm die Antworten schriftlich zukommen lassen.

**Frau Krantz** teilt mit, dass man nunmehr ein positives Signal für die Slipanlage vom ArL erhalten habe, der Förderbescheid allerdings noch nicht vorläge. Dieser werde aber für das weitere Handeln benötigt und dann könne man das zeitnah umsetzen.

Es gebe einen Antrag der Fraktionen zum Verkauf des Grundstückes und dazu habe die Stadtverwaltung in der Weise Stellung genommen, dass, wenn es mehrere Interessenten gebe, ausgeschrieben werden müsse. Aber zu diesem Thema könne unter dem entsprechenden Punkt noch diskutiert werden.

Was die vorgestellte Planung betreffe, entspreche diese nicht dem derzeitigen Bebauungsplan. Bei Änderung und Grundstücksverkauf habe dann der Rat die entsprechenden Entscheidungen zu treffen, insofern lasse sich das zum heutigen Zeitpunkt nicht beantworten, auch nicht, ob dort der Spielplatz weiterhin bestehen bleibe.

In der Vorlage habe sich die Verwaltung aber klar positioniert, auch zu der bestehenden Infrastruktur. Wenn man die ersten Schritte gemacht habe, sollte es evtl. auch möglich sein, dort eine Verbesserung für alle zu erreichen.

### **3.**

**Frau Wiebke Kleiner** ist der Meinung, dass eine PV-Anlage auf dem Dach des Museums völlig ungeeignet sei, da dort kein hoher Eintrag zu erwarten sei.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

Auch sei sie der Meinung, dass für Bienenvölker der Standort auf dem Dach nicht geeignet sei, da diese dort keine Beschattung vorfinden, wie dies für Waldtiere erforderlich sei.

Frau Krantz weist darauf hin, dass dies ein Thema „Grün für die Innenstadt“ sei und man das bewilligte Geld für entsprechende Klimaschutzmaßnahmen verwenden müsse. Ihres Wissens sei dies nicht das erste Bienenvolk auf dem Dach, sie werde das aber aufnehmen und über das Protokoll beantworten lassen.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

#### **TOP 5      Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 25 für den Geltungsbereich des Bebauungsplans D 24 E „Fachmarktzentrum Harsweg I“ Vorlage: 18/0359**

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus und teilt mit, dass in den bestehenden Real Markt nunmehr Rewe einziehen werde. Es werde an der Stelle eine mehrstufige Entwicklung mit einem kleinen Rewe geben, aber man könne derzeit noch nicht abschätzen, wie es dort weitergehe, daher sei die Veränderungssperre dringend aufrecht zu erhalten, um eine entsprechende Kontrolle zu behalten.

**Herr Gröttrup** teilt die Einschätzung von Herrn Malzahn und stimmt daher auf jeden Fall der Vorlage zu.

**Herr Strelow** weist darauf hin, dass man auch an die Arbeitsplätze denken müsse.

**Frau Krantz** macht deutlich, dass bisher mit Rewe noch keine Gespräche stattgefunden haben, daher könne man zu der Sache keine nähere Information geben. Die Verwaltung benötige daher unbedingt die Unterstützung des Rates und Klärung der städtebaulichen Ziele bis zum Herbst. Die Verwaltung werde dann zeitnah im Ausschuss darüber berichten.

Auf die Frage von **Herrn Bolinius**, ob eine Entscheidung denn nicht auch in der August-Sitzung getroffen werden könne, antwortet **Frau Krantz**, dass dies aufgrund der Fristen für die Ausschreibung und anschließende Bekanntmachung nicht möglich sei. Sollte sich eine andere Entwicklung abzeichnen, könne man die Satzung eventuell aufheben.

#### **Beschluss:**

Die Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 25 wird gemäß der beigefügten Anlage zur Vorlage 18/0359 als Satzung beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

#### **TOP 6      Einführung eines Jugendtickets in Emden Vorlage: 18/0391**

**Frau Winter** verweist hierzu auf die Beschlussvorlage auf Antrag unter dem Punkt 15.

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus und verweist darauf, dass die Vorlage aussagekräftig genug sei und seiner Meinung nach weitere Ausführungen sich erübrigten. Den Antrag der Gruppe

## **Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022**

Grüne feat.Urmel, nicht nur den anspruchsberechtigten Schülern das Ticket kostenlos zur Verfügung zu stellen, halte er für wenig realisierbar, zumal Kosten für die Mehrbelastung in Höhe von ca. 1,3 Mio Euro entstünden, die der Stadt auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht zur Verfügung stünden. Daher sei es nachhaltiger, Geld in die Verbesserung der gesamtstädtischen Nahverkehrsplanung zu stecken und gleichzeitig das erste Jahr abzuwarten, wieviel Schüler das Ticket in Anspruch nehmen, um dann neu zu entscheiden.

**Herr Hemken** ist der Meinung, dass die Gruppe Grüne feat.Urmel darlegen solle, wie die Finanzierung auszusehen habe und was sie damit bezwecke.

**Herr Nützel** teilt mit, dass, da man nicht gewusst habe, was das kosten solle, die Gruppe keinen Vorschlag zur Finanzierung machen könne. Man habe sich an den Nachbarkreisen orientiert, die allen das Jugendticket ermögliche, und die Attraktivität für den ÖPNV gesehen. Nach den Ausführungen von Herrn Malzahn gebe er diesem aber Recht und werde daher seinen Antrag zurückziehen. Seine Gruppe werde aber weiterhin die Nachbarlandkreise im Auge behalten und, sollten sich entsprechende Fördermöglichkeiten auftun, einen erneuten Antrag stellen.

**Herr Eichhorn** hat das in seiner Fraktion ebenfalls behandelt und sieht ebenfalls eine Ungleichbehandlung zwischen den Förderberechtigten und denen, die dieses bezahlen müssten. 1,3 Mio. Euro als Zuschuss halte er für nicht richtig und bezweifelt, dass alle nicht berechtigten Schüler ein Ticket haben wollen. Daher werde er seine Zustimmung zu diesem Antrag nicht geben, findet das aber generell gut. Er macht den Vorschlag, das auf die Ferien zu beziehen, um dann allen ein kostenloses Ticket zu ermöglichen, wenn dies nachgefragt werde.

Er habe bereits in der Sparkommission, in der auch alle im Ausschuss Anwesenden vertreten gewesen seien, den Vorschlag gemacht, auch für die Schülertickets, wenn diese nicht nachgefragt werden, eine Art Prämie zu zahlen. Daher schlägt er vor, das Thema erneut aufzugreifen, auch unter dem Gesichtspunkt der desolaten Haushaltslage.

**Herr Bolinius** weist darauf hin, dass man jetzt über den Punkt 6 diskutiere und abstimme und nicht über den Punkt 15. Er frage sich aber, wie das finanziert werden solle bei der desolaten Haushaltslage.

**Herr Strelow** gibt Herrn Bolinius recht und daher werde seine Fraktion der Vorlage der Gruppe Grüne feat. Urmel ebenfalls nicht zustimmen.

**Herr Vogeler** möchte wissen, ob denn das Ticket 30 Euro koste oder evtl. auch günstiger sei.

**Herr Malzahn** nimmt das noch mal mit und fragt wegen der genauen Kosten nach. Als kreisfreie Stadt habe man aber gegenüber den Landkreisen das Nachsehen, da diese mehr Fördermittel bekämen. Sollte der Beschluss nicht gefasst werden, fielen diese aber komplett weg.

### **Beschluss:**

Die Stadt Emden führt wie alle anderen Aufgabenträger in der Verkehrsregion Ems-Jade das Jugendticket zum 1. August 2022 ein und stellt es allen nach dem Niedersächsischen Schulgesetz anspruchsberechtigten SchülerInnen im Rahmen der gesetzlichen Schülerbeförderung kostenfrei zur Verfügung

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit  
3 Nein-Stimmen (GfE, Grüne)  
7 Ja-Stimmen

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

- TOP 7 Sanierungsgebiet Innenstadt – Erweiterung/Reduzierung des Sanierungsgebietes (siehe Vorlage 18/0294, Schritt 1);**  
- **Billigungsbeschluss über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen und des Städtebaulichen Entwicklungskonzepts (mit Kosten- und Finanzierungsübersicht) gem. § 141 Baugesetzbuch für die erweiterten/reduzierten Bereiche;**  
- **Beschluss über das Ergebnis der Abwägung (Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange, der von der Sanierung Betroffenen und der Öffentlichkeit)**  
**Vorlage: 18/0294/1**

**Frau Krantz** führt zur Vorlage aus.

**Herr Strelow** ist der Meinung, dass es sich hierbei insgesamt um einen Gewinn für die Innenstadt handele und daher zu begrüßen sei. Er frage sich, ob es evtl. auch möglich sei, einen Anleger für den Falderndelft für historische Schiffe zu ermöglichen.

Ferner möchte er wissen, warum man das Gebiet nicht zum Osten raus Richtung Strohstraße ebenfalls in das Programm aufgenommen habe.

**Frau Krantz** erläutert, dass man in zwei Schritten vorgehen wolle und die Anregung von Herrn Strelow bezüglich der Strohstraße für den zweiten Schritt gerne aufnehmen werde. Vorbereitende Untersuchungen seien in der Kürze der Zeit noch nicht geschafft und die Eigentümer müssten entsprechend informiert werden.

Wie laut Plan ersichtlich, befinde sich auch der Falderndelft im Sanierungsgebiet.

**Herr Gröttrup** teilt mit, dass er als Anwohner betroffen sei und daher an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

**Herr Bolinius** stimmt der Vorlage für seine Fraktion zu, fragt aber, wann die Pläne vorgestellt werden für die Aufhebung der Trennung der Neutorstraße und der Straße Am Delft. Wenn der Delft Flaniermeile sei, sollte man auch die Gebäude zurücksetzen.

**Frau Krantz** stimmt **Herrn Bolinius** insoweit zu, als man die Gebäude betrachten solle und evtl. über die Städtebaulichen Mittel sanieren sollte, soweit sei man aber noch nicht und dazu brauche man mehr Geld.

**Herr Strelow** findet die Situation für Radfahrer in der Neutorstraße sehr unbefriedigend und regt auch dort eine Sanierung für nächstes Jahr an. Ebenfalls sanierungsbedürftig sei das Toilettenhäuschen. Der Weg am Delft sollte seiner Meinung nach ebenfalls attraktiver gestaltet werden.

**Herr Eichhorn** weist auf die zusätzliche Belastung der Eigentümer im Falle einer Sanierung hin. Wodies erforderlich sei, sei es gut, aber alles Andere wäre seiner Meinung nach Wunschdenken.

**Frau Krantz** teilt mit, dass es noch kein konkretes Programm gebe. Ende der Sommerpause bzw. nächstes Jahr könne man detailliertere Planungen vorlegen. Zudem dauere es, bis der Förderbescheid da sei, so dass man über das Geld frühestens Ende 2023 evtl. aber auch erst 2024 oder 2025 verfügen könne.

### **Beschluss:**

1. Der Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) und das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (mit Kosten- und Finanzierungsübersicht) der Stadt Emden für die Erweiterung/Reduzierung des Sanierungsgebietes der Innenstadt wird gebilligt („Billigungsbeschluss“).

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

2. Der durch Städtebauförderungsmittel des Landes und des Bundes bzw. durch zweckgebundene Einnahmen im Sinne der Städtebauförderungsrichtlinien nicht gedeckte Drittelanteil der Kosten der Gesamtmaßnahme sowie der Teil der nicht förderfähigen Kosten wird von der Stadt Emden getragen. Die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 a BauGB (umfassendes Verfahren, Wertausgleich) sollen Anwendung finden.
3. Das Ergebnis der Abwägung wird beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

- TOP 8 Sanierung Innenstadt: "Lebendige Zentren";  
3. Satzung zur Änderung der Satzung vom 02. Juli 2008 der Stadt Emden über die förmliche Festlegung des „Sanierungsgebietes Innenstadt“ in Emden (Änderung des Satzungsgebiets) und Laufzeitverlängerung bis 2030  
Vorlage: 18/0294/2**

**Frau Krantz** teilt mit, dass es sich hierbei nur um eine formelle Beschlussvorlage handele. Weiterer Diskussionsbedarf bestünde nicht.

**Beschluss:  
Satzungsbeschluss**

Der Rat der Stadt Emden beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Satzung gemäß § 142 Abs. 3 Satz 1 BauGB.

Der Rat der Stadt Emden beschließt den Durchführungszeitraum der Sanierung gemäß § 142 Abs. 3 Satz 3 BauGB bis Ende 2030 zu verlängern (Laufzeitverlängerung um 6 Jahre).

**Ergebnis:** einstimmig

- TOP 9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 170, „Wohnbebauung am Constantiadeich 2“, (Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB, beschleunigtes Verfahren)**
- **Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB (Stadium II)**
  - **Beschluss über die Abwägung der Stellungnahmen aus der erneuten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB (Stadium II)**
  - **Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan D 170 „Wohnbebauung am Constantiadeich 2“ (Stadium III)**
- Vorlage: 18/0397**

Wurde zusammen mit TOP 10 behandelt.

**Beschluss:**

1. Der Behandlung der Einwendungen nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden wie in Anlage 1 niedergelegt wird zugestimmt.
2. Der Behandlung der Einwendungen nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB aus



## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden wie in Anlage 2 niedergelegt wird zugestimmt.

3. Der Bebauungsplan wird nebst Begründung gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

- TOP 10** Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 170, „Wohnbebauung am Constantiadeich 2“ (Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB, beschleunigtes Verfahren)  
-Beschluss über den Städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zum Bebauungsplan D 170 „Wohnbebauung am Constantiadeich 2“  
-Beschluss über den Durchführungsvertrag gemäß § 12 BauGB zum Bebauungsplan D 170 „Wohnbebauung am Constantiadeich 2“  
Vorlage: 18/0398

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus. Da sich der Plan etwas geändert habe, sei daher auch eine erneute Auslegung erforderlich.

**Frau Kruse** fragt, ob mit dem Bürger, der eine Stellungnahme eingereicht habe, verhandelt worden sei.

**Herr Malzahn** teilt mit, dass der neue Plan diesem noch nicht zugegangen sei. Die Stellungnahme beziehe sich noch auf die alte Planfassung. Die Abstandsflächen würden eingehalten und der Schattenwurf sei minimal.

**Herr Bolinius** ist der Meinung, dass man darüber genügend diskutiert habe und er daher für seine Fraktion die Zustimmung erteilen könne, zumal die Verwaltung alles gut dargelegt habe.

### **Beschluss:**

Die Stadt Emden schließt mit dem Vorhabenträger Herrn Bergmann den als Anlage beigefügten städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB sowie den als Anlage beigefügten Durchführungsvertrag gemäß § 12 BauGB über die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans D 170 „Wohnbebauung am Constantiadeich 2“

**Ergebnis:** einstimmig

- TOP 11** Sanierung Barenburg: "Sozialer Zusammenhalt"; 3. Satzung zur Änderung der Satzung vom 11.12.2007 der Stadt Emden über die förmliche Festlegung des „Sanierungsgebietes Barenburg“ in Emden (Laufzeitverlängerung)  
Vorlage: 18/0400

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus und weist darauf hin, dass für Barenburg bereits schon einmal die Sanierung verlängert worden sei, insbesondere weist er in diesem Zusammenhang auf die damalige Sicherung zahlreicher Wohnungen hin. Für weitere 500 WE sei dies abermals gelungen und diese könne man jetzt mit dem mit der ZBI geschlossenen Städtebaulichen Vertrag über Sanierungsmittel sanieren. Auf diese Weise habe man jetzt auch „einen Fuß in der Tür“, um weitere Sozialwohnungen zu schaffen.

**Herr Bolinius** lobt die Verwaltung für ihren guten Schachzug. Er frage sich aber, ob die ZBI auch eine entsprechend seriöse Firma sei.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

**Herr Malzahn** teilt mit, dass es sich hierbei um eine deutsche Immobiliengesellschaft handle, die sich bisher als sehr fähig herausgestellt habe.

**Herr Strelow** ist ebenfalls der Meinung, dass hier der Verwaltung ein guter Coup gelungen sei und man nun weitere Sanierungsmittel verwenden könne, die dringend benötigt würden, da viele Gebäude dringend saniert werden müssten, gerade im Hinblick auf den Zuzug vieler Ukrainer.

**Herr Hemken** möchte wissen, wer denn die Einhaltung des Städtebaulichen Vertrages überprüfe.

**Herr Malzahn** erläutert, dass eine jährliche Überprüfung über den Fachdienst Stadtplanung/Koordinationsstelle Wohnen stattfindet.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden beschließt die in der Anlage zur Vorlage 18/0400 beigefügte Satzung gemäß § 142 Abs. 3 Satz 1 BauGB.

**Ergebnis:** einstimmig

### **TOP 12    Sofortprogramm Perspektive Innenstadt; - Neue Maßnahmen zur Umsetzung des Sofortprogramms Vorlage: 18/0090/2**

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus. Er wolle beispielhaft nur 2 Maßnahmen vorstellen, da seiner Meinung nach die Vorlage ausführlich Auskunft gebe. Er weist auf den Erfolg des Kultursommers hin, der Rest sei in Arbeit. Da aus anderen Kommunen nicht so viele Fördergelder abgerufen wurden, gebe es daher mehr Geld für die Stadt Emden. Zurzeit sei man bei den Vorplanungen. Eine Maßnahme sei ein Antrag für eine Fotovoltaik auf dem Anbau des Landesmuseums, ergänzt durch eine Dachbegrünung.

Das zweite Thema „Graffiti“ wolle man auch noch mal aufgreifen, wie dies die Stadtwerke für ihre Traföhäuschen bereits mehrfach in Auftrag gegeben habe. Wenn die Mittelfreigabe erfolgt sei, müsse man überlegen, welche Plätze man damit verschönern könne.

**Herr Hemken** teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem grundsätzlich positiv gegenüberstehe, aber noch Beratungsbedarf habe, z. B. auch wegen der Dachbegrünung oder ob man mit den Mitteln evtl. andere Projekte finanzieren sollte.

**Herr Nützel** findet die Dachbegrünung gut, zumal Maßnahmen für den Klimaschutz für Emden beschlossen worden seien. Bienenvölker auf Dächern kenne er auch von Berlin, daher unterstützte er auch diese Maßnahme.

Er regt an, City-Trees für die Neutorstraße anzudenken, um so den Feinstaub zu reduzieren. Ferner fragt er an, ob man mit Graffiti nicht auch den Trog verschönern könne.

**Herr Bolinius** weist darauf hin, dass man grundsätzliche Maßnahmen für das Programm Perspektive Innenstadt ja bereits beschlossen habe. Graffiti für die Trogstrecke könne man noch mal beraten, aber dann müsse das kostenneutral geschehen. Er werde aber einer gewünschten Vertagung zustimmen.

**Herr Gröttrup** bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und teilt mit, dass beide Projekte seine Zustimmung fänden. Sollte aber noch Beratungsbedarf bestehen, dann wäre das für ihn auch in Ordnung.

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

**Frau Krantz** weist darauf hin, dass, sollte noch Beratungsbedarf bestehen, eine Abstimmung im VA stattfinden müsse, ansonsten könne man die Fristen für die Antragstellung nicht einhalten und somit wäre eine Finanzierung nicht möglich.

**Herr Strelow** teilt mit, dass er sich zu einer Abstimmung nicht treiben lassen werde, notfalls müsse man das in einer Sondersitzung klären, er bestehe auf sein Informationsrecht und möchte auch wissen, was sonst noch an Projekten geplant sei.

**Frau Krantz** weist ausdrücklich noch einmal darauf hin, dass die Vorlage dem Rat am 07.07. zur endgültigen Abstimmung vorliegen müsse. Ferner teilt sie mit, dass die Trogstrecke außerhalb des Fördergebietes liege.

**Herr Gröttrup** fühlt sich nicht getrieben und hofft auf einen Vorschlag mit dem alle Seiten zufrieden sein werden.

**Herr Falbe** weist darauf hin, dass eine Dachbegrünung auch gegen die Aufheizung des Gebäudes im Sommer förderlich sei.

**Beschluss:** Verweisung an den Verwaltungsausschuss

**Ergebnis:** Einstimmung

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

**TOP 13** **Wochenendhausgebiet am Kurzen Tief;**  
**- Gemeinsamer Antrag der SPD, CDU, Grüne feat. Urmel, Die Fraktion und GfE vom 04.03.2022**  
**Vorlage: 18/0409**

**Herr Bolinius** beschwert sich darüber, dass die FDP-Fraktion in dem Antrag nicht mit aufgeführt sei.

**Herr Verlee** entschuldigt sich dafür.

**Frau Laura de Vries vom Planungsbüro urbano** stellt die Planung vor. Auf dem Gelände sollen ca. 21 Buden mit jeweils eigener Steganlage, Pkw-Stellplätzen sowie Parkflächen für Besucher nebst einer Hafenerweiterung entstehen.

**Frau Krantz** fasst die Stellungnahme der Verwaltung noch mal zusammen und macht deutlich, dass die Planung deutlich umfangreicher sei als es der Bebauungsplan hergebe. Dieser müsse daher geändert werden, sollte die Politik sich dazu entschließen, dem Vorhaben von Herrn Mielke bzw. dessen Investor seine Zustimmung zu erteilen.

Da es allerdings mehrere Interessenten gebe, spreche sich die Verwaltung gegen eine Direktvergabe aus.

**Frau de Vries** teilt mit, dass der Investor bereit sei, auch für die schon vorhandenen Wochenendhäuser die Infrastruktur zu verbessern.

**Herr Bolinius** teilt mit, dass Herr Mielke sein Vorhaben den Fraktionen vorgestellt habe und alle positiv dem Projekt gegenübergestanden hätten. Nach der Stellungnahme der Verwaltung durch

## **Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022**

die Tischvorlage sei er sich da nicht mehr so sicher und regt an, den Punkt mit einer Beschlussvorlage in den nächsten Ausschuss zu bringen. Somit habe man auch noch Zeit, das erneut in den Fraktionen zu diskutieren.

**Herr Gröttrup** für seine Fraktion stimmt Herrn Bolinius zu.

Auch **Herr Hemken** stimmt dem zu und regt zudem eine Ortsbesichtigung an.

**Frau Winter** bedankt sich bei Frau de Vries für den Vortrag.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 14 Förderprogramm für Stecker-PV Anlagen; - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2022 Vorlage: 18/0399**

**Frau Kruse** führt kurz zum Antrag aus und teilt mit, dieser auch die Zustimmung der Stadtwerke finde. Viele Kommunen würden das schon anbieten und die Nachfrage sei groß.

**Herr Eichhorn** findet das eine gute Sache. Er möchte wissen, in welcher Größenordnung denn die Förderung anzusiedeln sei, eher bei 5 % oder eher bei 90 %.

**Frau Kruse** verweist auf die Begründung zum Antrag in der dies alles aufgeführt sei. Es gebe auf jeden Fall eine Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger.

**Herr Falbe** findet das persönlich eine gute Idee. Ihn interessiere, ob diese denn mobil seien und was im Falle eines Wegzuges damit geschehe.

**Frau Kruse** teilt mit, dass eine Mitnahme nicht möglich sei auf Grund der Förderung durch die Stadtwerke.

**Herr Bolinius** teilt mit, dass eine Vorstellung durch die Stadtwerke im Aufsichtsrat stattgefunden habe. Insgesamt sehe er das als sehr positiv an und er würde sich einen entsprechenden Vortrag für einen der nächsten Ausschüsse für Stadtentwicklung wünschen.

**Herr Hemken** weist auf den Punkt drei der Vorlage hin, zu dem die Verwaltung noch die Kosten prüfen müsse.

### **Beschluss:**

Wir beantragen, dass die Verwaltung prüfen möge, wie eine Förderung der Stadt Emden von Stecker-PV-Anlagen ggf. im Rahmen des Emdener Modells möglich wäre und beantragen gleichzeitig eine entsprechende Beschlussvorlage für den nächsten zuständigen Ausschuss. Es sollten bei der Entwicklung des Förderprogramms alle betroffenen verwaltungsinternen und kommunalen Akteure wie die Stadtwerke einbezogen werden, um so ein benutzerfreundliches und rechtlich abgesichertes Förderprogramm zur Verfügung zu stellen.

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

### **TOP 15 Einführung eines SchülerInnen und Azubitickets in Emden; - Antrag der Gruppe Grüne feat. Urmel vom 02.06.2022 Vorlage: 18/0396**

**Herr Nützel** teilt mit, dass, weil man unter TOP 6 bereits darüber diskutiert habe und die Fraktionen zu dem Schluss gekommen seien, dass eine derartige Umsetzung nicht tragbar sei, er für seine Fraktion den Antrag zurückziehe.

**Herr Gröttrup** ist der Meinung, dass man Erfahrungen mit dem Jugendticket sammeln solle und in einem Jahr darüber noch einmal diskutieren und evtl. erneut abstimmen solle.

**Herr Strelow** weist auf die nicht machbare Finanzierung hin und werde für seine Fraktion ebenfalls dem Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel nicht zustimmen.

**Ergebnis:** Von der Antragstellerin zurückgezogen!

### **TOP 16 Antrag zur Beantwortung von Bürgerfragen zum Baugebiet Conrebbersweg-West; - Antrag der Gruppe Grüne feat. Urmel vom 09.06.2022 Vorlage: 18/0395**

**Herr Nützel** führt zur Vorlage aus und weist insbesondere auf die unter TOP 4 „Einwohnerfragestunde“ eingebrachten Kritiken hin, die ihm zeigten, dass das Thema Conrebbi noch lange nicht zu Ende sei. Insbesondere möchte er auf den Punkt 2 und 3 in der Mitteilungsvorlage hinweisen. Aus der Beantwortung zu der Frage 2 sei zu schließen, dass die Verwaltung keineswegs so sicher sei, dass ihren Mitarbeitern keine strafrechtlichen Konsequenzen aus deren Handeln erwachsen.

Aus der Beantwortung der Frage 3 mit einem „Ja“ ließe sich seiner Meinung nach schließen, dass entgegen der sonstigen im Ausschuss gemachten Äußerungen, dass die Verwaltung 100 % richtig handle, hier im Gegensatz stehe. Er mache dies deutlich, damit hinterher nicht aus den anderen Fraktionen jemand sagen könne, er habe davon nichts gewusst.

Mit einem Bericht in der OZ am Wochenende zu den Preissteigerungen habe sich seine Fraktion ebenfalls intensiv auseinandergesetzt. Dort sei zu lesen gewesen, dass Summen von 500.000 Euro und mehr im Baugebiet zu erwarten seien. Wenn man sich überlege, dass das ein nachhaltiger Stadtteil werden solle, sei das mit Sicherheit noch nicht das Ende der Fahnenstange. So habe man auch in der EZ gelesen, dass 600.000 Euro bis 700.000 Euro, wenn nicht sogar 1,5 Mio Euro, je nach Grundstücksgröße, zu erwarten seien. Da stelle er sich die Frage, wer sich das noch leisten könne.

Hinter vorgehaltener Hand höre man von anderen Fraktionsmitgliedern, dass das Baugebiet unter diesen Voraussetzungen nur noch schwer umsetzbar sei. Deswegen appelliert seine Gruppe noch mal an alle Fraktionen, die Sinnhaftigkeit dieses Baugebietes ernsthaft zu hinterfragen und ggfs. eine Reißleine zu ziehen.

An dem Artikel war ferner verwunderlich die dortige Aussage, dass Grundstücke im Zweifel von Bauinteressierten auch wieder an die Stadt zurückgegeben können. Dies könne letztendlich dazu führen, dass nicht nur der ökologisch wertvolle Lebensraum zerstört werde, sondern womöglich auch noch völlig umsonst, wenn das Ziel des Bevölkerungszuwachses scheitere und in dem Baugebiet nicht die entsprechenden Bauinteressenten bauen würden. Deswegen habe er abschließend an die Verwaltung noch die Frage, wie die aktuelle Bewerberlage sei und wie viele Bewerber

## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

derzeit unter den o. g. Punkten eine feste Zusage getätigt haben. Weil er sich unter den aktuellen Bedingungen nicht vorstellen könne, dass der Stadt momentan „die Bude eingerannt“ werde.

**Frau Krantz** widerspricht der Vermutung, dass irgendjemand fehlerhaft gehandelt habe und dass das aus der Antwort „ja“ zu lesen sei. Die Verwaltung habe mehrfach darauf hingewiesen, dass man auf anwaltlichen Rat zu bestimmten Punkten nicht Stellung nehme und nichts anderes verberge sich dahinter. Weil jede Stellungnahme am Ende nach links oder rechts ausgelegt werden könne, habe man gar keine ausführliche Stellungnahme dazu abgegeben. Nichts Anderes beinhalte die Antwort „ja“ und sei genau aus diesem Grund auch entsprechend kurzgehalten. Sie bitte darum, nichts weiter reinzulesen.

Zum Thema Entwicklung des Baugebietes sei es richtig, dass es Steigerungen im Baugewerbe gebe. In der nächsten Woche werde im Betriebsausschuss Gebäudemanagement darüber berichtet werden, was das auch fürs öffentliche Bauen heiße. Sie wisse wohl, dass nicht alle, die in den ersten Runden angeschrieben worden seien, sich damit tatsächlich den Traum des Einfamilienhauses erfüllen könnten. Man müsse aber auch dabei berücksichtigen, dass das System inhärent sei, da man ein Bewertungssystem gemacht habe, dass insbesondere eine junge Familie im Lebensabschnitt 25 bis 35 Jahren mit vielen möglichst ganz kleinen Kindern an aller höchster Stelle der Bewerberliste stelle.

Das seien aber auch die, die vielleicht noch nicht ein so absolut gesichertes Einkommen haben, dass diese doch erst einmal die Einkommens-Familien-Situation stabilisieren und sich auf einen der nächsten Bauabschnitte bewerben.

Von den angeschriebenen Personen hätten aber weit über 50 % sich einen Bauplatz reserviert. Von den 60 in der letzten Woche angeschriebenen Bewerber hätten sich z. B. 33 verbindlich einen Bauplatz gesichert. Es habe einzelne gegeben, die nach dem Gespräch mit der Bank dann noch einen Rückzieher gemacht hätten.

Wenn 50 % der Bewerber zusagen, würden am Ende die Grundstücke trotzdem nicht für alle reichen. Auch ist davon auszugehen, dass die Finanzkraft der Bürger im letzten Teil der Liste größer sein werde. Daher sei man zuversichtlich, die Grundstücke am Ende einer Vermarktung zuführen zu können.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 17 Pläne für und rund um das Gelände der Feuerwehr Innenstadt;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.06.2022  
Vorlage: 18/0401**

**Herr Verlee** führt zu seiner Vorlage aus.

**Frau Winter** ist der Meinung, dass auf Grund der ausführlichen Vorlage der Verwaltung hierzu keine Diskussion erforderlich sei.

**Herr Strelow** ist der Meinung, dass dies Priorität bekommen sollte, zumal der schöne Stephansplatz dort angrenze und man sich grundsätzlich damit auseinandersetzen sollte.

**Herr Bolinius** ist der Meinung, dass die CDU-Fraktion nicht so ungewisse Anträge stellen sollte, wenn es keinen konkreten Investor gebe.

## **Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022**

**Herr Verlee** weist darauf hin, dass ein entsprechender Vorschlag bereits in einem vorherigen Ausschuss gemacht worden sei, dies aber von dem vorherigen Stadtbaurat als nicht realisierbar aufgrund des belasteten Bodens bewertet worden sei. Er habe mit einem Bauunternehmer gesprochen, der ihm versichert habe, dass das Projekt realisierbar sei. Darüber müsse man diskutieren und vielleicht einen Workshop organisieren.

**Herr Hemken** findet eine Priorisierung des Projektes sehr schwierig, zumal Emden bereits mehrere Projekte auf der Agenda habe. Grundsätzlich sei er damit einverstanden, aber eher zu einem anderen Zeitpunkt und daher sehe er auch keinen Grund eines Workshops, da dies zusätzliche Kräfte binde, die augenblicklich nicht zur Verfügung stünden

**Herr Eichhorn** verweist auf die derzeitige finanzielle Situation der Stadt Emden. Auch ihm sei bekannt, dass der Boden hoch toxisch belastet sei und er verweist auf das unkalkulierbare Risiko, wie man dies auch bei Cito gehabt habe, da sei das schöne innerstädtische Grundstück deshalb auch noch nicht bebaut worden. Daher plädiere er zum jetzigen Zeitpunkt nicht dafür das Projekt zu priorisieren.

Es wird beschlossen, dem Antrag der CDU-Fraktion auf Validierung (Konkretisierung) der Entwicklung des Feuerwehrgeländes und Veranstaltung eines Workshops zur Bewertung nicht zuzustimmen.

**Ergebnis:** Mit Stimmenmehrheit

4 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

**TOP 18    Solar-Booster; - Antrag aller Gruppen und Fraktionen im Emden Rat vom 14.06.2022  
Vorlage: 18/0402**

**Herr Falbe** möchte wissen, ob die Anlagen bei einem evtl. Umzug in eine andere Stadt mitgenommen werden könnten.

**Frau Krantz** verneint dies.

Weiterer Vortrag und weitere Diskussion wird nicht gewünscht.

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird daher beauftragt,**

- zu prüfen, welche Dachflächen kommunaler Gebäude und sonstigen Bauwerke im Eigentum der Kommune aufgrund der Statik, der Ausrichtung und weiterer möglicher Restriktionen (z.B. Verschattung, Dachsanierung) für die Installation einer Solaranlage geeignet sind,
- die für die Installation einer Solaranlage geeigneten kommunalen Liegenschaften anhand des Strombedarfs dieser Liegenschaft daraufhin zu prüfen, ob eine primär dem Eigenverbrauch dienende Anlage oder eine Anlage zur Volleinspeisung errichtet werden sollte,

## **Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022**

- auf dieser Grundlage einen Ausbauplan für Solarstrom auf den kommunalen Liegenschaften einschließlich der Liegenschaften städtischer Eigenbetriebe und Gesellschaften vorzulegen mit der Zielsetzung, bis 2030 alle geeigneten Gebäude und Flächen mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten, soweit die technische Umsetzbarkeit, langfristige Nutzung und Kosteneffizienz gegeben ist,
- dem Rat bis Ende 2022 einen schriftlichen Bericht über das Ergebnis der vorgenommenen Prüfungen zu 1. und 2. sowie den Entwurf eines Ausbauplans vorzulegen,
- dass, falls eigene Finanzmittel für den Ausbau der Photovoltaik nicht zur Verfügung stehen, die zur Verfügung stehenden Flächen den Stadtwerken, aber auch Bürgerenergiegenossenschaften und Anderen zur Verpachtung angeboten werden. Diese planen, errichten und betreiben die Photovoltaikanlage oder vermieten sie zwecks Eigennutzung an die Stadt,
- die Planungsgrundlagen, Bebauungsvorgaben und Landschaftsrahmenplan etc. der Stadt Emden so ändern, dass über die bereits in Planung befindlichen Freiflächen-PV-Anlagen hinaus, zukünftige Planungen (auch seitens Dritten) vorrangig auf bereits versiegelten Flächen („PV-Überdachung“) erfolgen müssen,
- in Bezug auf die Bauvorschriften zur Dachform im Neubaugebiet Conrebbersweg-West eine Beschluss-Empfehlung vorlegen, mit der die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern oder die Errichtung regenrückhaltende Gründächer bevorzugt erreicht werden kann, zu prüfen, inwieweit bei bestehenden Bebauungsplänen anlässlich von Sanierungen oder Neubauten hemmende gestalterische Vorgaben für eine optimale Solarnutzung und die Anlage von Gründächern ausgeräumt werden können

**Ergebnis:** einstimmig

### **TOP 19 Städteplanerische Einschätzung einer Parkfläche für Reisebusse; - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.06.2022 Vorlage: 18/0416**

**Herr Malzahn** führt zur Vorlage aus. Er teilt mit, dass es grundsätzlich machbar sei, eine geschotterte Fläche dafür zur Verfügung zu stellen, dies evtl. auch im Gewerbegebiet. Die Blaue Brücke am Neuen Delft sei aber für die dann zu erwartenden Lasten nicht ausgelegt. Außerdem sei die Erreichbarkeit für die Busse nicht ideal wegen des Rad- und Fußgängerverkehrs und der dort geparkten Wohnmobile. Zudem müsse der Anlieferverkehr gewährleistet bleiben. Man bilde dort Gefahrenmomente wegen der Engstelle Blaue Brücke.

Alternativ könne man das Parken an der Star Tankstelle überdenken. Wolle man das Grundstück eines Dritten aber nutzen, müsse man in dem Fall auch dessen Zustimmung einholen.

**Herr Eichhorn** teilt mit, dass er den Antrag grundsätzlich unterstütze. Die Bedenken von Herrn Malzahn könne er aber nicht nachvollziehen, es sei doch egal, ob ein Sattelzug dort fahre oder ein Bus. Man solle doch das Gespräch mit dem Eigentümer suchen und evtl. die Fläche pachten. Dazu solle die Verwaltung eine Lösung ausarbeiten. Die Stellplätze an der Tankstelle seien seiner Meinung nach auch nicht schlecht.



## Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022

**Herr Hemken** findet den Parkplatz wegen der Wohnmobilisten und den Radfahrern auch schlecht. Er plädiert dafür, die Verwaltung zu beauftragen, geeignete Parkplätze zu suchen und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, dies sei nicht Aufgabe der Politik.

**Herr Bolinius** wirft ein, dass seine Fraktion schon seit den 70er Jahren Anträge auf Parkplätze für Busse stelle. Ein entsprechender Arbeitskreis dazu habe aber nur ein Mal getagt. In 2021 habe dann seine Fraktion abermals einen Antrag gestellt. Mit der Vorlage 17/1019 habe dazu Herr Kinzel Stellung bezogen.

Die Firma Reiter habe angeboten, dass von Reisebussen der Betriebshof genutzt werden könne, das müsse nur organisiert werden. Das Parken außerhalb der Innenstadt halte er für gut und die Fahrer könnten die dort vorhandene Toilettenanlage mitbenutzen.

**Herr Strelow** stimmt Herrn Bolinius zu. Auch über eine Parkmöglichkeit auf dem Schützenplatz könne man ja nachdenken. In der Sommerzeit wäre es allerdings an der Blauen Brücke eher nicht möglich.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **TOP 20 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

#### **20.1**

**Frau Krantz** teilt mit, dass das diesjährige Stadtradeln in der Zeit vom 04.-24.09.2022 stattfindet. Sie hofft auf eine rege Beteiligung.

#### **20.2**

**Frau Krantz** zeigt kurz anhand eines Planes wie künftig die Promenade von der Kunsthalle zum Bahnhof aussehen soll. Eigentlich habe die Verwaltung das als gesonderten Punkt in der Sitzung vorstellen wollen, angesichts dessen, dass zu der heutigen Sitzung nicht viele Zuhörer erschienen seien, solle zunächst einmal der Plan, der auch schon in der Zeitung war, dem Protokoll beigefügt werden. Im nächsten Schritt werde man dann die detaillierte Planung mit entsprechendem Punkt in eine der nächsten Sitzungen vorstellen.

#### **20.3**

**Frau Krantz** teilt mit, dass man jetzt zeitnah an die Umsetzung der Sanierung der Straße Zwischen beiden Sielen gehen wolle.

Das Klinkerpflaster werde in der Weise des Marktplatzes weiter verlegt werden, die Art der Leuchten werde die gleiche sein und auch Projektionsflächen seien dort geplant. Insgesamt soll die Fläche neu gestaltet werden, d. h. auch entsprechende Sitzmöglichkeiten geschaffen werden, die bei Veranstaltungen geräumt werden können. Die Platane am Eingang bekommt eine neue, modernere Einfassung und es kann ein zweiter Baum in Höhe der Hausnummer 6 gepflanzt werden. Sie spricht ihr Bedauern darüber aus, dass es bei nur einem Baum bleiben müsse, da die dort verlegten Leitungspakete mehr nicht zuließen. Die Fahrradständer bekämen ihren Platz in Höhe der Apotheke bis in Richtung Pottgießerstraße.

Auf eine entsprechende Frage von **Herrn Eichhorn** erklärt Frau Krantz, dass man über Jahresvertragsarbeiten den Kanal und die Hausanschlüsse sanieren konnte und der Rest Arbeiten der Stadtwerke seien, somit der Stadt bisher keine Kosten entstanden seien.

## **Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.06.2022**

**Frau Krantz** regt eine Verteilung der Präsentation an die Ratsmitglieder an oder wird diese über das Protokoll verteilen lassen.

### **TOP 21   Anfragen**

**Herr Nützel** möchte wissen, ob es zu der Vereinbarung, dass der Ausschuss nicht länger als zwei Stunden dauern solle, einen Beschluss gebe. Dies könne aber auch nur ein Beschluss des alten Rates gewesen sein, denn für die neue Legislaturperiode habe man darüber noch nicht abgestimmt. Er als Berufstätiger fände es sehr ungünstig einen Ausschusstermin abzubrechen und auf zwei Termine zu verteilen.

**Herr Hemken** teilt mit, dass **Herr Bakker** und **Herr Strelow** im Gespräch seien wegen einer Prüfung.

**Herr Gröttrup** schlägt vor, bei einer langen Tagesordnung über unstrittige Punkte nicht zu diskutieren und dass nicht jeder dazu etwas beitragen müsse.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.